Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

digitale Souveränität und der dazu notwendige Ausbau von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung sind laut Koalitionsvertrag die erklärten Ziele der Bundesregierung. Dies spiegelt sich bisher aber leider überhaupt nicht in den Haushaltsentwürfen für 2025 und 2026.

Laut Bundesfinanzminister Klingbeil hat die Bundesregierung vor, mit dem Bundeshaushalt 2025 „Rekordinvestitionen“ zu tätigen, schwerpunktmäßig u.a. bei der Digitalisierung. Beispielsweise sollen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität bis zum Jahr 2029 insgesamt 38,2 Milliarden Euro für die Digitalisierung bereitgestellt werden. Diese Mittel werden einen immensen Einfluss darauf haben, wie die digitale Infrastruktur des Staates für die kommenden Jahrzehnte aufgestellt wird: Werden bestehende digitale Abhängigkeiten von US-amerikanischen Big-Tech-Unternehmen zementiert, indem diese Unternehmen weiterhin milliardenschwere Aufträge erhalten? Oder werden die Gelder in digital souveräne Alternativen investiert, die den Staat sicherer und moderner machen und gleichzeitig die deutsche und die europäische Wirtschaft stärken?

In den Haushaltsentwürfen sind bestürzenderweise derzeit keinerlei Investitionen in die Bereiche digitale Souveränität und Open Source vorgesehen. Dabei sichert gerade Open Source Software die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Staat und Wirtschaft und ermöglicht einen Ausweg aus bestehenden digitalen Abhängigkeiten.

Die Bundesregierung finanziert ihre eigenen Open-Source-Vorhaben wie das Zentrum für digitale Souveränität (ZenDiS), openCode oder openDesk nur mit Minimalbeträgen (zu finden im Titel “532 13-042 Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte” im Etat des BMI, Einzelplan 0602, Titelgruppe 01: IT und Netzpolitik). Die Mittel reichen kaum aus, um den normalen Betrieb zu sichern, die Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Ziele erscheint so äußerst fragwürdig. Das Zentrum für digitale Souveränität beispielsweise bräuchte mindestens 30 Millionen Euro pro Jahr um die vorgegebenen Projekte auf die Straße zu bringen, im Haushalt für 2025 sind gerade mal 2,6 Millionen Euro vorgesehen. Die im Koalitionsvertrag angekündigte „strategische Ausrichtung des IT-Budgets“ und die „ambitionierten Zielen für Open Source“ werden so nicht erkennbar.

Mit Blick auf die Bereinigungssitzung für den Haushalt 2025 am 4. September 2025 wenden wir uns daher als Digitalwirtschaftsverband an Sie mit der dringenden Bitte, bei diesem Haushaltstitel unbedingt noch nachzubessern.